

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/225
23. November 1972

Das Ziel: Frieden für Generationen

Europa vor konkreten Gemeinschaftsaufgaben

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Größeres Vertrauen der Katholiken

Mehr katholische Wähler stimmten für die SPD

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 24 Zeilen

Der "Bayerkurier" spricht für Strauß

Die Abrechnung mit der CDU beginnt doch schon

Seite 4 und 5 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Entor
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 83 37 - 38
Telefax: 886 848 / 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Das Ziel: Frieden für Generationen

Europa vor konkreten Gemeinschaftsaufgaben

Vor der Bonner Versammlung der NATO-Parlamentarier hat Bundeskanzler Willy Brandt es als eine zentrale Aufgabe der vor uns liegenden Jahre bezeichnet, im gesamteuropäischen Rahmen eine Situation zu schaffen, in der der Friede für Generationen gesichert ist. Der Friede ist kein Geschenk des Himmels, es bedarf unermüdlicher Anstrengungen, um ihn zu sichern und für unseren durch zwei Weltkriege heimgesuchten Kontinent zum Dauerzustand werden zu lassen. Wohl zu keiner Zeit sahen sich die für die Geschicke ihrer Staaten und Völker verantwortlichen Staatsmänner vor eine größere Aufgabe gestellt. Sie zu erfüllen, verlangt Mut, Phantasie, Beharrlichkeit, ein wachsames Gespür für Realitäten und die Fähigkeit, eine Atmosphäre mitzubilden, in der Vertrauen gedeihen kann.

27 Jahre nach Kriegsende sind allenthalben Bemühungen im Gange, das Gebäude des Friedens auf solidere Grundlage zu stellen. Die Regierung der sozialliberalen Koalition hat, und darauf können wir Deutsche stolz sein, durch ihre Ost- und Deutschlandpolitik gute Vorarbeiten geleistet. Sie hat mit Tabus und Illusionen, die den Blick verstellten, gründlich aufgeräumt, und durch ihre Verträge mit Moskau, Warschau und der DDR viel Schutt auf dem Wege zur Zusammenarbeit beseitigt. Daß diese Politik die Zustimmung der Wähler fand, und diese die Regierung Brandt/Scheel durch ihren überzeugenden Wahlentscheid vom 19. November wiederum bestätigten, nahm fast die ganze Welt mit tiefer Genugtuung zur Kenntnis.

In einer soeben erschienenen Studie des "Atlantic Council" heißt es: "Es ist das Geniale an der Ostpolitik, die zu den Moskauer und Warschauer Verträgen führte, daß sie, in dem sie den territorialen Status quo anerkannte, Beweglichkeit in den politischen Status quo brachte." Die Studie, verfaßt von hervorragenden Männern der Vereinigten Staaten von Amerika, mahnt

in diesem Zusammenhang die westlichen Alliierten, nicht die Chance Westdeutschlands zu gefährden, die Teilung Deutschlands auf beiden Seiten erträglicher zu machen. Dies ist allerdings bei den guten Beziehungen, die die Bundesrepublik zu ihren westlichen Verbündeten hat, wohl kaum zu befürchten.

Die kommenden Jahre stehen im Zeichen bedeutsamer, für die Zukunft Europas entscheidender Konferenzen. In Helsinki begannen die ersten vortastenden Gespräche über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, an denen neben sämtlichen Staaten Europas, außer Albanien, auch die USA und Kanada teilnehmen. Sicherheit und Zusammenarbeit hingen im luftleeren Raum, würden sie nicht ergänzt werden durch Abbau der Rüstungslasten und Truppenstärken. Man wird und muß sich an dieses große Beginnen mit aller Behutsamkeit heranwagen, doch scheint der Wille aller Beteiligten vorhanden zu sein, nicht mit bloßem Austausch von Worten es bewenden zu lassen. Ein Europa, dem die Schrecken künftiger Kriege erspart bleiben mögen, wird von allen Völkern dieses Kontinents als ein Elementarbedürfnis empfunden.

Die Bundesregierung hat durch ihren Grundvertrag mit der DDR gewissermaßen ein Modell geliefert, wie trotz ideologischer und politischer Gegensätze der Entspannung und dem Frieden im Herzen Europas gedient werden kann. Dieses Beispiel verfehlt nicht seine Wirkung in einer Welt, die, von vielen Gefahren bedroht, ihre Energien nun darauf richten muß, einem kollektiven Selbstmord zu entgehen.

(ex/23.11.1972/bgy/ex)

+ + +

Größeres Vertrauen der Katholiken

Mehr katholische Wähler stimmten für die SPD

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Am 19. November 1972 haben Millionen katholischer Wähler wieder und erstmals die SPD gewählt. Sie hatten und haben Vertrauen zu dem Bundeskanzler, zur SPD und auch zu Brandts Aussagen über das Verhältnis Kirche/Staat. Brandt hatte erklärt, daß in der Vorstellung der Sozialdemokratie die Kirchen - abgesehen von ihrem geistlichen Auftrag - mit ihrem Dienst in der Gesellschaft und am Menschen eine wichtige öffentliche Aufgabe erfüllen. Das Godesberger Programm hatte das Verhältnis der SPD zu den Kirchen auf eine neue Grundlage gestellt. An dieser Einstellung hat sich nichts geändert.

Das Wahlergebnis sollte ein Anlaß sein für alle, darüber nachzudenken, was weiter geschehen muß. Für die SPD bedeutet es, daß sie das ihr entgegengebrachte Vertrauen erhalten und ausbauen muß. Für die Kirche bedeutet es die Überlegung, ob nicht manches Engagement ihrem Auftrag geschadet hat. Für die katholischen Wähler bedeutet es, nicht nur die SPD zu wählen, sondern auch nach Chancen zu suchen, in der SPD mitzuarbeiten. Die Auseinandersetzungen mit den katholischen Verbänden und auch teilweise mit dem Klerus, die es im Vorraum der Bundestagswahl leider gab, werden denn sicher nicht mehr in dieser Form aufbrechen.

Was der Bundeskanzler am Wahltagabend nach dem Vorliegen des Wahlergebnisses als "wachsende Offenheit unter unseren katholischen Landsleuten" bezeichnete, das wird sich weiter verstärkt und positiver bemerkbar machen.

(-/23.11.1972/ks/ee)

+ +

Der "Bayernkurier" spricht für Strauß

Die Abrechnung mit der CDU beginnt doch schon

Die angestregten Bemühungen der "Unions"-Parteien, gerade unmittelbar nach der "landslide"-Niederlage bei der Bundestagswahl vom 19. November den peinlichen Eindruck zu vermeiden, als ob "der Schuldige" an den Desaster schurstracks in die Hölle geschickt würde, haben nur wenige Tage Erfolg gehabt.

Nach dem Wahlnacht-Wutausbruch von Franz Josef Strauß im Kreise seiner engsten Vertrauten war auch von der Münchner Lazarettstraße, dem CSU-Parteizentrum, aus versucht worden, über die seit Jahren schwebenden, jetzt aber aktualisierten Differenzen zwischen der "nördlichen" CDU und der "südlichen" CSU noch einmal den Nächstenliebe-Mantel der Dennoch-Zusammengehörigkeit zu breiten. Strauß modifizierte seine vor der Wahl für den Fall einer Niederlage angedrohte Abrechnung vor allem mit Dr. Rainer Barzel, aber auch mit seinem alten Intimfeind Dr. Gerhard Schröder, rasch in eine Art Manöverkritik und wollte, so sagte er, von einer Christenverfolgung nichts wissen.

Aber dieses Zwischenspiel ist schon zu Ende, auch wenn Dr. Barzel am 5. Dezember gewiß noch einmal zum CDU- und CSU-Fraktionsvorsitzenden gewählt werden wird: Allerdings, so Strauß drohend, mit "Veränderungen in der Führungsspitze der Fraktion", lies personelle Auswechslungen bei der CDU und erhebliche Verstärkungen bei der CSU.

Franz Josef Strauß, der 1976 immerhin schon 61 Jahre alt geworden sein und sich dann gewiß des Ansturms der nachrückenden Generationen nur noch mühselig erwehren können wird und den auch darum die Wahlniederlage so persönlich getroffen hat, will jetzt eine "gründliche Wahlanalyse". Und wie die aussehen dürfte, das hat Straußens martialisches Sprachrohr, das CSU-Zentralorgan "Bayernkurier", in seiner bekannten Hemdsärmeligkeit bereits rau und hart angekündigt. Die Attacke der CSU geht frontal gegen die

CDU und ihre derzeitige Führungsspitze. Mit der bisher gegen die SPD und gegen Willy Brandt angewandten Verbalakandalisierung wird Barzels Wahlkampf-Team als "geheimräthlicher Beraterstab" abgeurteilt und der CDU-Führung unter Barzel insgesamt "falsche Anpassungskosmetik und intellektuelle Verzagtheit" an den Kopf geworfen.

Plötzlich taucht auch die schon lange erwartete Distanzierung dieser CSU von der bis zum Wahltag lauthals verkündeten Gemeinsamkeit im Wahlkampfprogramm und in der Wahlkampf-führung auf: Die Alleinschuld an der zweifellos schwerwiegenden Negativ-tatsache, daß die "Unions"-Parteien die Ost- und Deutschland-politik in ihrer Wahlaussage so sträflich vernachlässigt oder ganz unterlassen haben, wird von München aus jetzt ganz allein der Barzel-CDU angekreidet. Der alte böse Trick, mit dem die CDU so gern arbeitet, schlägt auf sie selbst zurück: aus dem "eigenen" Lager !

Damit hat nun wirklich die Uhr für Rainer Barzel zu ticken begonnen. Der "Bayernkurier" hat für Franz Josef Strauß gesprochen, und Barzel weiß, was die Stunde geschlagen hat. Ob er morgen oder in einem Jahr aus der Frontlinie herausgeholt wird, das ist von nur noch zweitrangiger Bedeutung. Die Kohl, Köppler und Stoltenberg haben sich schon längst formiert, um nachzuvollziehen, was Rainer Condiqus Barzel mit Ludwig Erhard vorerzählt hat.

(ee/23.11.1972/ko/ee)